

Bern, den 16. November 1945.

291

DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

an

den Autogewerbe-Verband der Schweiz,

Bern.D-Aktion - Schwarze Liste.

Sehr geehrte Herren,

Wir beziehen uns auf Ihre Botschaft an den Bundesrat vom 14. September 1945 und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Mit Ihnen sind wir der Ansicht, dass die Alliierten bei der Beurteilung der D-Aktion den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise Rechnung getragen haben und nicht mit der nötigen Objektivität vorgegangen sind. Ferner muss die Tatsache, dass nur einzelne Firmen Ihres Verbandes in die Liste eingetragen wurden, als willkürlich bezeichnet werden.

Wie Ihnen bekannt sein dürfte, haben die sich mit Schwarze-Liste-Fragen abgebenden Stellen, im vorliegenden Falle die Handelsabteilung und insbesondere die ihr angegliederte Zentralstelle für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr, seit langer Zeit immer wieder versucht, die Streichung der wegen der D-Aktion auf die Schwarze Liste versetzten Personen und Firmen zu erwirken. Zu diesem Zwecke wurden sowohl bei der britischen und amerikanischen Gesandtschaft in Bern wie auch direkt bei den Blockadebehörden in London und Washington über die dortigen schweizerischen diplomatischen Vertretungen Schritte unternommen. Ueberdies bildete diese Frage wiederholt Gegenstand von Verhandlungen in der Commission mixte.

Wenn allen diesen Bemühungen bisher ein Erfolg versagt blieb, darf nicht übersehen werden, dass die Schweizerbehörden keinen direkten Einfluss auf die Haltung der Alliierten zu der Frage der Schwarzen Liste ausüben vermögen. Leider ist die seit Kriegsende auf diesem Gebiet erwartete Entspannung nur in sehr bescheidenem Ausmasse Tatsache geworden.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Schwarze Liste heute als Druckmittel für andere Zwecke verwendet wird. Anders lässt sich die immer wieder hinausgeschobene Streichung von Firmen, bei denen die Gründe der Versetzung auf die Liste längst weggefallen sind, nicht erklären.



Bern, den 16. November 1945

Vor kurzer Zeit wurden unsere Gesandtschaften in London und Washington neuerdings beauftragt, zuständigenorts in Ihrer Angelegenheit energisch vorstellig zu werden. Die letzten Berichte lauten etwas zuversichtlicher, ohne dass aber deshalb mit einer unmittelbar bevorstehenden Streichung gerechnet werden darf. Nachdem die D-Aktion seinerzeit mit Unterstützung der Behörden durchgeführt wurde, können wir Ihnen versichern, dass schweizerischerseits auch in Zukunft alles unternommen werden wird, um diese Angelegenheit endlich einer befriedigenden Erledigung zuzuführen. Insbesondere wird die Schwarze Liste auch bei den kommenden Wirtschaftsverhandlungen mit den Alliierten zur Sprache kommen.

Was Ihre Anregung betrifft, es sollte ein spezieller Delegierter mit der Behandlung von Schwarze-Liste-Fragen betraut werden, sind wir der Auffassung, dass sich die Schaffung einer neuen solchen Stelle erübrigt, nachdem sich die ständige Verhandlungsdelegation auch in Zukunft für den raschen Abbau der Schwarzen Liste einsetzen wird.

Zu dem in Ihrer Botschaft im Wortlaut wiedergegebenen Schreiben der PETROLA an die ESA ist zu bemerken, dass die Behörden derartige Auswirkungen der Schwarzen Liste im Rahmen des Möglichen immer bekämpft haben. Ein Lieferzwang kann indessen nicht kurzerhand verfügt werden, da eine solche Massnahme unter Umständen höhere Interessen gefährden könnte. Wir glauben übrigens, dass es der ESA inzwischen gelungen ist, bis zu Streichung von der Schwarzen Liste eine für sie tragbare Uebergangslösung zu finden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Aus Auftrag des Bundesrates,
Der Bundeskanzler:

Leimgruber.

Wenn allen diesen Bemerkungen bisher ein Erfolg versagt blieb, darf nicht übersehen werden, dass die Schweizerbehörden keinen direkten Einfluss auf die Haltung der Alliierten zu der Frage der Schwarzen Liste ausüben vermögen. Leider ist die seit Kriegesende auf diesem Gebiet erwartete Entspannung nur in sehr bescheidenem Ausmassen Tatsache geworden.

Man kann sich das Rückwärts nicht erwehren, dass die Schwarze Liste heute als Bruchmittel für andere Zwecke verwendet wird. Anders lässt sich die immer wieder hinausgeschobene Streichung von Firmen, bei denen die Gründe der Verzögerung auf die Liste längst weggefallen sind, nicht erklären.